

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 9 1520-12

## Inhalt

**Heldemarle Wieczorek-Zeul  
MdB zum Mordanschlag in  
Solingen: Ein Signal für solida-  
risches Zusammenleben set-  
zen.**

Seite 1

**Professor Dr. Ingomar Hauch-  
ler MdB zum Jahrestag der  
Konferenz für Umwelt und  
Entwicklung (UNCED) in Rio  
1992: Entwicklungspolitik ver-  
stärken, um globale Umwelt-  
probleme zu lösen.**

Seite 2

**Dr. Klaus Kübler MdB zu den  
Besuchen von Bundeskanzler  
Kohl und Umweltminister  
Töpfer in der Ukraine und Bul-  
garien: Auf Stilllegung von  
AKWs drängen!**

Seite 4

**Leyla Onur MdEP zur Notwen-  
digkeit der Kontrolle grenz-  
überschreitender Unterneh-  
men durch die Arbeitnehmer-  
seite: Wir brauchen Euro-Ber-  
ebersräte.**

Seite 4

### Dokumentation

**Johannes Rau sprach auf der  
Trauerfeier für Heinrich Al-  
bertz: Stets bei der Sache der  
Menschen gewesen. Wortlaut**

Seite 5

46. Jahrgang / 102

1. Juni 1993

### Ein Signal für solidarisches Zusammenleben setzen Zum Mordanschlag in Solingen

**Von Heldemarle Wieczorek-Zeul MdB  
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Trauer um die Opfer und Empörung und Wut über die feigen Täter ergreift uns angesichts der Anschlagserie gegen ausländische Mitbürger und Mitbürgerinnen.

Unser Mitgefühl und unsere Solidarität gilt den Angehörigen der fünf Ermordeten.

Wichtiger als alle Erklärungen ist jetzt der Wille der Bürgerinnen und Bürger, den Gewalttätern entschlossen entgegenzutreten.

Die vielen hunderttausende von Deutschen, die im letzten Herbst mit Lichterketten und Demonstrationen gegen Gewalt eingetreten sind, müssen und werden jetzt mit neuen Initiativen den neuen Anfängen wehren.

Notwendig ist jetzt eine breite und schnelle Übereinkunft im Deutschen Bundestag mit der Verwirklichung der Doppelstaatsbürgerschaft ein Signal für ein solidarisches Zusammenleben von Deutschen und Menschen anderer Nationalität zu setzen.

(-/1. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung zur  
Anwendung von  
Recycling-Papier



**Entwicklungspolitik verstärken, um globale Umweltprobleme zu lösen**  
**Zum Jahrestag der Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio 1992**

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB  
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Vor einem Jahr, im Juni 1992, hat die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro den engen Zusammenhang zwischen Armut, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung herausgestellt und daraus Folgerungen für die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gezogen, um weltweit zu einer Politik dauerhafter Entwicklung überzugehen.

Hat sich in diesem Jahr etwas geändert? Der letzte UNDP-Bericht über menschliche Entwicklung vom 26. Mai 1993 zeigt, daß Armut, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung dramatische Formen annehmen.

- Rund eine Milliarde Menschen leben mit einer Kaufkraft von durchschnittlich einem Dollar pro Tag am Rande oder unterhalb des Existenzminimums. Rund eine Milliarde Menschen hungern.
- In Entwicklungsländern kommen auf einen Arzt etwa 15.000 Patienten. Rund eine Milliarde Erwachsener sind Analphabeten; etwa 300 Millionen Kinder erhalten keine Schulausbildung.
- Die Weltbevölkerung wird von heute 5,5 Milliarden auf 8,5 Milliarden Menschen im Jahre 2025 angewachsen sein. Durch wachsende Bevölkerungsdichte wird die Verstädterung zunehmen.
- Immer mehr Menschen sind gezwungen, auf der Suche nach Nahrung, Energie und Wohnung natürliche Ressourcen schneller, als diese sich regenerieren können, abzubauen, und sie hinterlassen zerstörtes Land, zerstörten Wald, überfischte Gewässer und Müll.
- Immer mehr Wasser und Boden werden als Lebensgrundlage verbraucht, überbeansprucht, fahlgenuzt und verschwendet. Nach aktuellen Schätzungen der FAO betrug allein der jährliche Flächenverlust von Tropenwald von 1981 bis 1990 knapp 17 Mio. Hektar. Die Bewaldung im Tropengürtel hat sich in diesen zehn Jahren von 40 Prozent auf 36 Prozent verringert.
- Anderthalb Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Im Jahre 2025 werden wahrscheinlich zwei Drittel der Bevölkerung Afrikas unter chronischem Wassermangel leiden.
- Erosion, Bodenauslaugung, Versatzung, Versandung und Überwässerung führen zu einem jährlichen Gesamtverlust von 6 Mio. Hektar Boden. Ein Drittel der festen Erdoberfläche, 4,5 Mrd. Hektar, ist nach Schätzungen der UN heute von Desertifikationsprozessen betroffen.
- Das reichste Fünftel aller Nationen verfügt heute über ein Einkommen, das sechzigmal so hoch ist, wie das des ärmsten Fünftels; 1970 lag dieses Verhältnis noch bei 30:1.
- Das Wachstum des Bruttosozialprodukts hat sich in vielen Entwicklungsländern im letzten Jahrzehnt stark verlangsamt und liegt heute bei zwei bis drei Prozent. In den 70er Jahren lag das durchschnittliche Wachstum bei etwa sechs Prozent.
- Die Schuldenlast der Entwicklungsländer wird 1993 auf fast 1.500 Milliarden US-Dollar steigen; die Entwicklungsländer werden dann im Durchschnitt 36,5 Prozent ihrer öffentlichen Ausgaben für den externen Schuldendienst ausgeben müssen. Die Länder Afrikas sind mit einem Schuldenanteil von 227 Milliarden Dollar belastet und leisten jährlich einen Schuldendienst von etwa 50 Prozent ihrer öffentlichen Ausgaben.
- Der Welthandel wird überwiegend von den westlichen Industrieländern beherrscht. Der Anteil der ärmsten Entwicklungsländer am Welthandel liegt bei 0,3 Prozent. Protektionistische Maßnahmen der OECD-Staaten für verarbeitete Waren und landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Exportsubvention hindern den freien Marktzugang für Entwicklungsländer und die Staaten Mittel- und Osteuropas. Diese Handelsbeschränkungen und sinkende Rohstoffpreise bedeuten für die Entwicklungsländer einen Verlust von etwa 120 Milliarden Dollar jährlich.

Die Deklaration von Rio und die Agenda 21 enthalten Vorschläge für eine koordinierte Entwicklungs-, Wirtschafts- und Umweltpolitik, die eine dauerhafte Entwicklung als zentrales Ziel künftiger Politik in Entwicklungsländern und Industrieländern anstreben. Die UNCED-Dokumente sollen von den Industrieländern insbesondere bei ihrer Energie-, Verkehrs-, Wirtschafts-, Agrar- und Handelspolitik berücksichtigt werden. Entwicklungspolitische Anstrengungen sollen verstärkt werden. Hierbei stehen im Vordergrund die Bekämpfung von Armut und unangemessenem Bevölkerungswachstum, eine sozial und ökologisch verträgliche Wirtschafts- und Handelspolitik, der Schutz der natürlichen Ressourcen, Entwicklung und Transfer umweltfreundlicher Technologien sowie eine Offensive für eine breite Bildung, für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, für eine Stärkung der Stellung der Frauen und für eine Beteiligung der Menschen am Entwicklungsprozeß.

Der von der UNDP, der größten multinationalen Entwicklungsorganisation der UNO, herausgegebene Bericht fordert neue Formen der internationalen Zusammenarbeit, um die Entwicklungszusammenarbeit direkt auf die Bedürfnisse der Menschen anstatt auf die Interessen von Regierungen abzustellen. Der Bericht fordert eine Reform der Bretton-Woods-Organisationen, also von IWF und Weltbank, sowie eine erweiterte Rolle für die UN in Entwicklungsangelegenheiten.

Der UNDP-Bericht verdeutlicht, daß es auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes überfällig ist, überkommene Konzepte nicht einfach fortzuschreiben. Der Bericht verweist auf die Notwendigkeit, Entwicklungspolitik verstärkt als präventive Friedens- und Sicherheitspolitik zu begreifen. Sicherheit kann nicht mehr vorwiegend aus nationaler und militärischer Perspektive aufgefaßt werden.

Die Situation auf unserer Erde hat sich in dem Jahr nach Rio nicht verbessert. Die Armut steigt, der Kahlschlag in den Regenwäldern geht weiter, die Industrieländer verbrauchen weiter immer mehr Weltressourcen. Die Industrieländer hätten es in der Hand, endlich neue Weichen zu stellen für dauerhafte Entwicklung und globale Sicherheit.

Ein Jahr nach Rio hat die Bundesregierung über Bundesminister Spranger nicht viel mehr als Eigenlob zu bieten. Denn die Bundesregierung hat in diesem Jahr wenig dazu beigetragen, die Situation auf unserer Erde zu verbessern. Die Aussage der Bundesregierung, ein großer Teil der in der Agenda 21 von Rio vorgesehenen Maßnahmen werde bereits jetzt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesregierung aufgegriffen, trifft nicht zu.

Bundesminister Spranger muß sich angesichts der Entwicklungspolitik der Bundesregierung nach der Konferenz von Rio fragen lassen:

- wenn Entwicklungspolitik der entscheidende Konferenzschwerpunkt in Rio war, warum spielt Entwicklungspolitik eine so untergeordnete Rolle in der Bundesregierung?
- wenn die Bekämpfung von Fluchtursachen, das heißt die Verbesserung der Lebenssituation in Entwicklungsländern, ein so wichtiger Aspekt in der Behandlung der Asylfrage hier ist, warum werden Fluchtursachen durch die Verschuldungskrise, Protektionismus und fallende Entwicklungshilfe massiv verstärkt und nicht für alle spürbar bekämpft?
- wenn die Agenda 21 von Rio für Industrieländer ein Umdenken und verantwortliches Handeln für die ganze Welt fordert, warum spricht der Entwicklungsminister nicht den Agrar- und Handelsprotektionismus gegenüber der Dritten Welt an und fordert die Aufhebung? Warum wirbt Spranger nicht offensiver für eine Umkehr in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik? Warum macht er keine Vorschläge, wie die Bundesregierung die Zusammenarbeit in Weltbank, IWF, EG und auf anderen multilateralen Ebenen stärker zugunsten nachhaltiger ökologischer und ökonomischer Entwicklung gestalten wird?
- wenn die Industrieländer in Rio ihren Teil an der globalen Umweltzerstörung eingestanden haben, wieso findet Spranger keine Worte und keine Vorschläge zu einer ausreichenden Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses in der Bundesrepublik, zur Einschränkung des Individualverkehrs, zur Energieeinsparung, zum sparsamen Umgang mit Wasser, zur Überdüngung der Felder, auch wenn er sich damit gegen seine Kabinettskollegen stellen würde?

Diese Fragen und Probleme müssen von deutscher Entwicklungspolitik aufgegriffen werden. Im eigenen Lande, in der internationalen Zusammenarbeit und in der Unterstützung der Entwicklungsländer.

Entwicklungspolitik muß ein stärkeres und entscheidenderes Gewicht in der Politik bekommen. Entwicklungspolitik muß globale Reform- und Strukturpolitik werden und verhindern, daß ein Mehrfaches dessen, was den Entwicklungsländern durch sogenannte Entwicklungshilfe gegeben, ihnen durch Finanz-, Wirtschafts- und Agrarpolitik wieder genommen wird. Nur wenn Entwicklungspolitik Querschnittsaufgabe wird, könnten die Ziele und Instrumente aller Politikbereiche entwicklungsverträglich koordiniert werden. Das ist aber nur möglich, wenn Entwicklungspolitik Chefsache in Regierung und Opposition wird. Nur durch bewusste politische Führung kann die immanente Schwäche der Entwicklungspolitik, über keine starke gesellschaftliche Lobby zu verfügen, ausgeglichen werden.

(-/1. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Auf Stilllegung von AKWs drängen!**

**Zu den Besuchen von Bundeskanzler Kohl und Umweltminister Töpfer in der Ukraine und in Bulgarien**

**Von Dr. Klaus Kübler MdB**

Die Haltung der politisch, administrativ und wissenschaftlich Verantwortlichen auf dem Kernenergiesektor sowohl in der Ukraine, als auch in Bulgarien, gibt zunehmend Anlaß zur Sorge.

In der Ukraine kann der Beschluß des Parlaments, die Reaktoren von Tschernobyl noch in diesem Jahr endgültig abzuschalten und dauerhaft stillzulegen, keineswegs als gesichert gelten. Erst kürzlich hat sich der Betriebsdirektor von Tschernobyl auf einer Konferenz in Kiew massiv für den Weiterbetrieb der Reaktorblöcke ausgesprochen. Auch kann es keinesfalls beruhigen, daß als "Ersatz" für eine Stilllegung von Tschernobyl der Weiterbau anderer, derzeit noch durch einen Moratoriumsbeschluß des ukrainischen Parlaments stillgelegter, Reaktorblöcke diskutiert wird.

In Bulgarien setzt die Regierung gegen den Widerstand der Parlamentsmehrheit auf die sicherheitstechnisch sehr fragwürdige Nachrüstung bestehender oder im Bau befindlicher Kernkraftwerke und plant nach mir vorliegenden Informationen sogar den Bau neuer Reaktorblöcke. Dabei setzt sie sich auch über internationale Absprachen hinweg: Gegenüber Bundesumweltminister Töpfer hatte sie in der Vergangenheit mehrfach die dauerhafte Stilllegung der Reaktorblöcke 1 und 2 von Kosloduj zugesichert, ohne in dieser Richtung bislang etwas getan zu haben. Stattdessen wurde von Seiten der bulgarischen Regierung in Zusammenarbeit mit der WANO die Wiederinbetriebnahme von Kosloduj initiiert.

Die sicherheitstechnisch höchst problematischen RBMK- und WWER-Reaktoren in der Ukraine und in Bulgarien sind ein großes Gefahrenpotential für die Menschen in diesen Ländern und für uns Deutsche in der Mitte Europas. Auch drohen unter Berücksichtigung der fehlenden Wirtschaftlichkeit der Kernenergie und angesichts der ohnehin sich in einer prekären Lage befindlichen Volkswirtschaften für die innere Stabilität der Ukraine und Bulgariens überaus schädliche Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe.

(-/1. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Wir brauchen Euro-Betriebsräte**

**Zur Notwendigkeit der Kontrolle grenzüberschreitender Unternehmen durch die Arbeitnehmersseite**

**Von Leyla Onur MdEP**

**Sozialpolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten**

Das Schicksal der Europäischen Betriebsräte entscheidet sich am heutigen Dienstag. An diesem Tag findet die Sitzung des EG-Sozialministerrates statt, auf der unter anderem die Verabschiedung der EG-Richtlinie über die Einsetzung von Euro-Betriebsräten auf der Tagesordnung steht. Nach dem Willen des Europäischen Parlaments und der dänischen Regierung, die zur Zeit den Vorsitz im Ministerrat führt,

sollen alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in grenzüberschreitenden Unternehmen ein Informations- und Konsultationsrecht erhalten.

Die verbindliche Einrichtung von Euro-Betriebsräten ist überfällig. Mit dem Binnenmarkt haben die Unternehmenskonzentrationen in der Gemeinschaft noch zugenommen. Damit wächst die Gefahr, daß die Beschäftigten eines EG-weit tätigen Unternehmens an den verschiedenen Standorten gegeneinander ausgespielt werden. Deshalb müssen die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den einzelnen Mitgliedsstaaten über die Aktivitäten ihres Arbeitgebers informiert und konsultiert werden.

Alles hängt nun von der Haltung der EG-Sozialminister ab. Dies gilt insbesondere für die britische Regierung, die sich bislang hartnäckig gegen eine Verbesserung der Arbeitnehmerrechte in der Gemeinschaft gewehrt hat. Aber auch die Bundesregierung steht in der Verantwortung. Jetzt muß Herr Blüm endlich Farbe bekennen, ob ihm der Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wichtiger ist als die Übereinstimmung mit seinen britischen Parteifreunden. Bisher hat sich die Regierung Kohl bei ihrer arbeitnehmerfeindlichen Politik auf EG-Ebene allzu oft hinter den Briten versteckt.

Die sozialdemokratischen Europaabgeordneten kämpfen seit langem für Europäische Betriebsräte. Deshalb haben sie im EG-Haushalt 1992 fast 30 Millionen DM für Treffen von Arbeitnehmervertretern aus grenzübergreifend tätigen Unternehmen durchgesetzt. In diesem Jahr stehen sogar rund 35 Millionen DM für Reise-, Dolmetscher und sonstige Kosten zur Verfügung. Mit der verbindlichen Einrichtung der Euro-Betriebsräte müßten diese Ausgaben von den Arbeitgebern übernommen werden.

(-/1. Juni 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Heinrich Albertz, stets bei der Sache der Menschen gewesen

Der amtierende SPD-Vorsitzende und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau sprach auf der Trauerfeier für Heinrich Albertz am 27. Mai 1993 im Berliner Rathaus. Seine Rede im Wortlaut.

Liebe Frau Albertz,

da ist ein kleiner Junge, sieben oder acht Jahre alt, der eines Tages einen Vikar aus Breslau erlebt. Das ist über fünfzig Jahre her. Nie werde ich vergessen, wie in der Gemarker Kirche in Barmen dieser fremde Mann steht und biblische Geschichten erzählt. Wir wußten damals nicht, was ein Vikar war. Wir wußten nicht, daß er kein "richtiges" Examen machte, sondern eines in den Katakomben der Bekennenden Kirche. Weggeschoben von den Machthabern, die uns damals mit unserem ganzen Leben in Beschlag nehmen wollten...

Der Breslauer Pastorensohn, der jüngere Bruder des bedeutenden Theologen, hat Jahre durchgestanden, die wir, die wir damals Kinder waren, nicht erzählen können. Er hat öffentlich für Martin Niemöller gebetet und ist dafür ins Gefängnis gegangen. Er kehrt aus dem Krieg zurück und aus dem Gefängnis, er wird Flüchtlingspastor. Und dann gibt es einen ganz schnellen Schritt, einen ganz großen Sprung: Aus dem Flüchtlingspastor wird der Flüchtlingsminister im Kabinett von Hinrich Wilhelm Kopf. Streitbar ist er gewesen, wir haben davon gehört. Von dieser Zeit sagt er: "Das Elend ist der Ernstfall der Politik heute. Datum muß ich helfen." Er wird Sozialdemokrat. Ein weiterer Sprung für den preußischen Breslauer, für den Sohn des Hofpredigers. Was er aber auch alles geworden ist: ein Hofprediger ist er nie gewesen. Dann geht er nach Berlin, dann kommen die Jahre und all das, was wir heute noch gut in Erinnerung haben: die Sperrigkeit, der Zorn, das Unkonventionelle, das Nichtmittun, wenn es um Stromlinienförmigkeit geht. Da hat er manchen Satz gesprochen, der den Zorn seiner politischen Freunde erregt hat. Jetzt, da wir von Heinrich Albertz Abschied nehmen, ist er schon über fünfundzwanzig Jahre ohne Amt gewesen, ohne "Funktion", wie man so sagt. Aber nie hat er sich stärker unserer Erinnerung, unserem Gedächtnis, unserem Gewissen eingepreßt, als in diesen Jahren und Jahrzehnten.

Die Dramaturgie dieser Stunde sieht vor, daß der Regierende Bürgermeister über den Vorgänger, der amtierende Parteivorsitzende über den Sozialdemokraten und dann der Berliner Bischof über den Mitchristen und den Berliner Pastor spricht. Aber so läßt sich Heinrich Albertz nicht aufteilen, dazu sind sein

Leben, sein Wort und die Identität von Leben und Wort zu wenig einzuordnen in Ämter oder Funktionen oder Titel, die er gehabt hat und die wir heute nicht auflisten wollen.

Nicht nur mir ist es so ergangen, daß man am Montag einer Woche irgendwo ein Interview von Heinrich Albertz hörte und las und daß man den Zorn nicht verbarg, weil er wieder Worte gewählt hatte, die wie ungewählte Worte wirkten, schroff, kantig, zornig. Aber dann konnte es sein, daß man am Mittwoch oder Donnerstag einen Brief bekam, auf der rechten Seite beschrieben, in dem ein Satz stand, der half, der tröstete, der ermunterte. Er wollte mitteilen, daß man den langen Atem nicht verlor, den man braucht, wenn Politik als Ernstfall nicht die Errichtung eigener Gedankengebäude ist, sondern ein Stück Weltveränderung für die, die wir jetzt leben. Und so sind der Pastor Albertz und der Sozialdemokrat Albertz nie auseinandergefallen.

Die Glaubwürdigkeit dieses Mannes hat dazu geführt, daß er nach den Lasten und Nöten der Ämter jenseits der Parteigrenzen und ohne Amt zu einem Leuchtturm für junge Menschen geworden ist. Es gibt ganz wenige, von denen man das sagen kann. Und die, von denen das gilt, sind alles Leute, die gegen den Strom geschwommen sind, die gegen den Strich gebürstet und die Dinge gesagt haben, die in der Öffentlichkeit verärgert aufgenommen worden sind: Kurt Scharf, Gustav Heinemann, Helmut Golwitzer. Menschen, die im Streit gelebt haben, die manchmal auch Freude am Streit hatten und daran, daß man scharfe Worte sagte, damit erkennbar blieb, worum es ging.

Dieser Heinrich Albertz, der fast fünf Jahrzehnte lang Sozialdemokrat gewesen ist, der im Parteivorstand gesessen hat, der Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt gewesen ist, dieser Heinrich Albertz war nie jemand, mit dem wir uns schmücken sollten. Aber er war jemand, der uns das deutlich gemacht hat: Wenn die Gewissenhaften sich nicht um die Macht kümmern, nicht Verantwortung wahrnehmen, dann werden die Gewissenlosen Triumphe feiern.

Er hat nie nach dem gefragt, was gerade "in" war. Er hat nie geprüft, ob das, was er jetzt sagen wollte, von den Meinungsforschern wohl positiv aufgenommen würde, ob es im "mainstream" lag. Aber ob es gesagt werden mußte, das hat er geprüft, und dann hat er es ausgesprochen. Diese Glaubwürdigkeit in seinem Leben habe ich selber in unterschiedlichen Funktionen erfahren, auch in manchen Tiefen meines Lebens. Ob ich als Kanzlerkandidat durchs Land fuhr und manchmal fragte, wer denn noch hülfedann kam ein Gruß oder ein öffentliches Wort, damals schon aus Bremen; ob ich krank daniederlag und nicht wußte, ob es noch weitergeht - dann kam sein Satz "Du weißt ja, man kann nicht tiefer fallen als in Gottes Hände". Und wie er die letzten Jahre seines Lebens öffentlich geredet hat - auch über das Sterben, auch über den Tod -, das hat mich an jene kleine Karte erinnert, die bei einem seiner politischen Gegner auf dem Schreibtisch stand, bei Hermann Ehlers. "Die Sterben für Gewinn halten", stand da, "sind schwer zu erschrecken". Davon hat er gesprochen, das hat er gelebt.

Für diese Glaubwürdigkeit zu danken, nachdem sein Leben zu Ende ist, das ist keine Sache organisierter Mitgliedschaft, das ist keine Sache von Gremien, die das beschließen, sondern das kommt von vielen Menschen, vielen seiner politischen Freunde, die sich an ihm geärgert haben, das kommt von vielen, die auf anderen politischen Positionen bestanden und beharrt haben.

In dieser Zeit, in der die Glaubwürdigkeit das ist, woran wir uns abarbeiten und abmühen, ist es schwer, von jemandem Abschied zu nehmen, der über Glaubwürdigkeit nicht zu reden brauchte, weil sie sein Alltag war. Mit allen Fehlern, mit allen Schwächen, ohne die Sucht, heiliggesprochen zu werden, aber mit der Bereitschaft, Politik zu verstehen als diesen täglichen mühevollen Versuch, das Leben der Menschen ein bißchen menschlicher zu machen. Menschlicher, nicht christlicher. Er hat aus einer christlichen Verantwortung gelebt und gehandelt, die davon ausgeht, daß diese Welt im argen liegt, aber da nicht liegen bleiben soll. Daß wir, die Christen und die Nichtchristen, aufgerufen sind, sie zu verändern und sie zu verbessern, hat er an vielen Stationen seines Lebens gelebt. Das hat er uns gezeigt, das wollen wir nicht vergessen, sondern wir wollen - wenn wir von ihm Abschied nehmen - daran denken, daß das auch unser Auftrag bleibt und daß die, die jetzt Verantwortung tragen, und die, die morgen Verantwortung suchen, nicht danach gefragt werden, in welchem "mainstream" sie leben, sondern ob sie bei der Sache der Menschen sind, um Gottes willen und um der Menschen willen.

Wir danken unserem Freund, der ein Bruder war und der ein Vater geworden ist für viele Elternlose und für viele Junge.

\*\*\*\*\*

(-/1. Juni 1993/rs/ks)